

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 166.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 197.

Zweite Ausgabe

Verlags-Verlag Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon Nr. 158. Eingang Nr. Brunnengasse.
Geschäftsstelle: Dr. Walter Genschel in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3.
Telephon-Zweit-Via Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Sonnabend, 9. April 1904.

Hochsprünge.

Wenn die Hochsprünge, die der Linksliberalismus bei der Behandlung der Sozialdemokratie macht, nicht gar so häufig und besänftigend für das deutsche Volk wären, so könnten sie einen eigentümlich belustigenden Anblick bieten. In der Tat sind diese Sprünge, die der Linksliberalismus macht, nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern auch für die Liberalen ein höchst interessantes Schauspiel. Herr Dr. Krause, eine Verfechter der Sozialdemokratie, die nur auf liberalen Boden möglich ist, Herr Dr. Fafobi, der Chefredakteur des „Hannoverschen Anzeigers“, der führenden Blattes der Hannoverischen Nationalliberalen, erklärte anlässlich der Parteitagung zu Hannover, die Nationalliberalen müssten mit den Sozialdemokraten zusammengehen und man müsse den Mut haben, dies offen auszusprechen! Der Berliner Jugendbund empfahl bei den Landtagswahlen die Unterstützung der Sozialdemokratie. Ist das nun nach Ansicht des Herrn Dr. Krause eine Verfeinerung der Sozialdemokratie auf liberalen Boden oder ist es das nicht? Und nun gar der weltliche Freimittler! Seine Hochsprünge werden jetzt selbst Herrn Eugen Richter zu Fall kommen, und die „Freie deutsche Presse“ weist mit Recht darauf hin, daß die Herren von Barth jetzt sogar als Stachel der Sozialdemokratie gegenüber dem Verhalten der Berliner sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder in der Frage des städtischen Mißbrauchs der „Nation“ einen Artikel mit der Überschrift „Wacht geht vor Recht“, und Herr Mannmann desgleichen einen Artikel in der „Globe“ mit der Überschrift „Liberaler Kranheits-erkeimungen“. Das Blatt des Herrn Eugen Richter weist mit Recht darauf hin, daß die Haltung der sozialdemokratischen Berliner Stadtratsmitglieder Augustin und Hofmann eine Wechselschaltung bedeutet und daß der Vorhänger bei der Überbrückung durch das Rechte waren, diese zurückzuführen. „Der Schicksal des Reiches heißt es: „Nun ist der Herr von Barth aus dem Saal zurückgetreten, so beginnt er mit seinen Anhängern wieder das Gespräch auf der ganzen Linie mit andersgeleiteten Liberalen einseitig für die Weisheit in der freimittlerischen Vereinigung selbst. Sollen diese Freunde empfinden darüber die Maßlosigkeit, die diesen Sozialdemokraten aber haben die Freimittler nur Berücksichtigung, wenn nicht gar Spott und Hohn.“

Man weiß in der Tat kaum noch, wer eigentlich Hoch und wer Keller in dieser Partei ist. Mannmann und Barth eifern jetzt gemeinsam gegen diejenigen Landtagsmitglieder der Freimittlerischen Vereinigung, die den Wahlreformvertrag in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen und den freimittlerischen Volksparteikamer unterzeichnet haben. Dieser Antrag sollte doch gerade die erste Verbindung einer Einigung über Liberalen darstellen. Herr Mannmann aber erwidert darin eine „Endbesserung“ und droht mit einer Abrechnung bei der Generalfreimittlerischen Versammlung der Liberalen. Generalfreimittler Dr. Fafobi, obwohl er selbst in der vorigen Session des Landtages einen ähnlichen Antrag unterzeichnet hatte.

Sie diese geschehenen Zustände in hohem Grade bezeichnend ist denn auch ein Aufruf zum „geschlossenen Kampfe gegen die Reaktion“, den der Abgeordnete Schröder in den Mitteilungen des Wahlvereins der Liberalen erläßt. Während der freimittlerischen Abgeordnete Richter der Urheber aller Angriffe auf Anhebung des Zeitungspreises war, bezeichnet Herr Schröder die Anhebung des § 2 in Ansehung des Erfolgs der „Reaktion“ und nicht den jeitensfeindlichen Wind in seine Segel einzufangen, indem er dazu auffordert, den Kampf nach zwei Fronten anzugehen. Nicht mehr solle man sich gegen die Sozialdemokratie und die „Reaktion“ wenden, sondern in der letzteren allein den Feind erblicken.

Man hat sich gegen eine von der Regierung getragene reaktionäre Politik anzukämpfen, die bereit ist, aggressiv vorzugehen. Dadurch wird die Idee, daß der politische Kampf gegen die Sozialdemokratie gerichtet werden müsse, aber auch die Theorie des Kampfes nach zwei Seiten gleichzeitig über den Feind hinweg. Der Kampf der Liberalen müsse nicht nach rechts zu führen haben wird, nicht um keine Möglichkeit mehr lassen, einen zweiten Kampf gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen, die auf seiner Seite stehen wird und diejenigen Positionen zu verteidigen hat. Beide sind vielmehr genügt, Kampfgewinn zu sein.“

Nun kommt aber der ehemalige nationalsozialistische und nunmehr weithin freimittlerische Abgeordnete v. Werlach und erklärt in seiner Berliner Zeitung: „Wir sehen die Aufhebung des Zeitungspreises nicht als eine besondere Streikmaßnahme der reaktionären Natur des Wahlvereins an.“

Damit wäre denn wieder Herr Schröder der Wind aus den Segeln genommen? Bei Weidem nicht! Herr v. Werlach sieht hundert andere Maßnahmen, welche zum „entschiedenen Kampfe gegen die Reaktion“ mahnen. Welche das sind, verrät er uns nicht. Aber er schreibt:

„Daß ein so wichtiger Vorkämpfer wie Herr Schröder für die Notwendigkeit einer radikalen Durchsicht der Freimittlertheorie eintritt, ist besonders bemerkenswert. Sein Aufruf zum Kampfe gegen den Feind auf der rechten Seite ist ein schönes Zeugnis an für die jugendliche Frische, die sich Schröder bis in sein Greisenalter hinein bewahrt hat.“

So wird auf liberalen Boden die Sozialdemokratie befaßt! Es wäre zum Wachen, wenn es nicht so häufig und betrieblend wäre!

Deutsches Reich.

Halle a. S., 9. April.

Die Vorbildung zum Reserveoffizier.

In den letzten Jahren sind vielfach Klagen über die unzureichende Vorbildung der Offiziersaspiranten zum Reserveoffizier laut geworden. Es trübten allerdings Vorurteile auf, darunter auch die Einrichtung einer Art von Kriegsschulturn. Dieser Weg erwies sich aber, ganz abgesehen von der ganz ungewöhnlichen Belastung der Offiziersaspiranten und der Störung in ihren Erwerbsverhältnissen als ungangbar, weil es mehr auf eine praktische als auf eine theoretische Vorbildung ankam. Nach den Bestimmungen der Heeresordnung haben die Aspiranten vor ihrer Beförderung zum Offizier zwei achtwöchige Lehungen A und B abzuleisten, wobei sie ihre dienstliche und außerdienstliche Beschäftigung auf dieser Beförderung darzulegen haben. Sie wurden hierzu in die Kompanie eingeteilt, wo sie sofort den Dienst als Unteroffizier tun mußten, obgleich sie davon nur blutwenig verstanden, so daß die bei der Infanterie darüber erbotenen Lehungen vollst. berechtigt waren. Nun ist, wie wir schon mitgeteilt haben, für die Lehung A in diesem Jahre zum ersten Male eine Veränderung verhängt worden, indem sämtliche Offiziersaspiranten eines Armeekorps auf einen Truppenübungsplatz zu einer geschlossenen Kompanie zusammengezogen worden sind. Die in der Front stehenden Mannschaften sind also durchweg Unteroffiziere. In dieser Kompanie wird in der Dauer von vier Wochen eine umfassende Durchbildung der Aspiranten vorgenommen, die sich zunächst auf den gesamten Schießdienst als den weitaus wichtigsten Dienstzweig erstreckt; es werden nicht nur Lehungen in geschichtlichen Schießen abgehalten, sondern es findet auch ein erweiterter Unterricht in der Theorie des Schießens unter Vorführung von interessanten Versuchen und Vortragsvorträgen statt. Die weitere Ausbildung erstreckt sich sodann auf den Feldwachtendienst, die Marschführung, den inneren Dienst bei der Kompanie, sowie den Dienst in der Gefechtslinie als Schütze, Gruppenführer und Zugführer, womit dann die Grenze dieser Ausbildung erreicht ist. Am den Aspiranten auch Gelegenheit zu geben, sich in größeren Verbänden auszuweisen, werden von den auf den Truppenübungsplätzen gerade anstehenden Truppen oder aus den nächstgelegenen Standorten kriegsstarke Kompanien u. a. aufgestellt, an deren Lehungen die Aspiranten in den verschiedenen Dienststellungen teilzunehmen haben. Nach Beendigung dieser ersten Hälfte der Lehung A treten die Aspiranten alsdann zu ihren Kompanien zurück, bei welchen sie die weiteren vier Wochen verbleiben und nun mit größerem Nutzen als bisher üben und verwendet werden können. Diese Einrichtung ist für alle Armeekorps gleichmäßig angeordnet worden und man erwartet von ihr einen vollen Erfolg; der Versuch soll auf mehrere Jahre ausgedehnt werden, um ein einwandfreies Ergebnis zu erhalten, auf Grund dessen werden eine Änderung der Heeresordnung vorgenommen werden kann.

Liberalismus und Volksschulwesen.

Unsere Liberalen sind seit Jahren eifrig bestrebt, die durch große Ueberbürdung mit Volksschulwesen ungenügend gemachten deutschen Bauern für ihre Parteidienste einzufangen. Diese Unzufriedenheit bildete die hauptsächlichste Grundlage für die vielfach politisch bedeutungslos freimittlerischen Bauernvereine „Nordost“. Daß auch der bislang in weiteren Kreisen ganz unbekannt gebliebene Bauernverein „Nordwest“ (in Soltau und Lauenburg) wesentlich auf denselben Fundamenten beruhen soll, wurde in einem von der „Wf. Ztg.“ übernommenen Artikel der „L. C.“ ausgegeben. Der liberale Agitator für den zuletzt genannten Bauernverein und durchgehende liberale Reichstagsabgeordneter Dr. Bruno Wagener hat nunmehr in einer Broschüre: „Die Schulverhältnisse der bäuerlichen Gemeinden“ die berechtigten Klagen der Landbevölkerung über diese oft unerhöht hohe Belastung zum Ausdruck gebracht, natürlich auch nur, um damit für seine Parteirichtung und gegen die angeblich schuldigen „Reaktionäre“ Propaganda zu machen.

Es wird dort ganz überflüssigerweise noch einmal aus-einandergelegt, wie dringend eine „vollständige Neuorganisation der Unterrichtsverwaltung“ auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit“ not thut. Es wird besonders auch auf die gerade von unsrer Seite immer wieder herangezogene Notwendigkeit hingewiesen, daß der Staat — von dem der Schulzwang ausgeht und der Träger der Schulbildung ist — weit größerer Schichten als bisher zur Entlastung der heute pekuniär so wenig leistungsfähigen bäuerlichen Gemeinden bewilligen müsse.

Diesen schlaun liberalen Agitationsmanövern gegenüber muß es durchaus noch einmal hervorgehoben werden, daß es doch gerade Schuld des Liberalismus in allen seinen Parteischattierungen ist, wenn es in Preußen noch immer nicht zu einer gerechten Verteilung der landlichen Volksschulkosten gekommen ist. Ohne die ständige Opposition des Liberalismus wäre die Lösung dieser Frage schon vor langen Jahren erfolgt, wenn der betrübende Teil aus dem bedürftigen Volksschulwesen, mochte man über das Weg sonst denken, wie man wollte, herausgehoben worden wäre. Aber auch, daß in diesem Jahre die sicher erwartete Vorlage über Regelung der

Volksschulverteilung ausgeblieben ist, muß indirekt auf das Schuldloste der Liberalen geschlossen werden.

Wir haben schon Ende Januar darauf aufmerksam gemacht, daß die Nationalliberalen Korrekturen des Reichstages einer diesbezüglichen Vorlage seitens der Regierung einig und allein damit zu entscheiden befreit war, dieselbe sei entschieden gewesen, alles zu tun, um Personen, die auf ein gemeinsames Handeln geklämt wären, zusammenzuführen, alles zu unterlassen, was das Gegenteil herbeiführen geeignet sei würde.

Nach der ganzen innerpolitischen Situation konnten diese Worte nur so gedeutet werden, daß die seit so langer Zeit geforderte, dringend notwendige Vorlage über gerechtere Schulverteilung aus Rücksicht auf die Kanalvorlage diesmal wieder nicht gemacht worden sei. Man wollte alles vermeiden, was möglichweise föhren auf ein Zusammenstoßen — auf die Stimmung zu gemeinsamen Handeln zwischen der vereinigten Linken des Abgeordnetenhauses und dem Zentrum, aus dessen Reihen die nötigen Hilfsgruppen für eine Kanalvorlage erwartet werden, hätte einwirken können. Solche föhrende Einwirkung aber trante man der Erörterung über die Schulfragen und Schulfrage zu. Wenn die preußischen Land-Gemeinden noch länger unter der ungeredeten Belastung für Schulunterhaltung zu leiden und zu mühen haben, so mögen sie sich dafür bei den so für mich nach dem Aus-dau der großen Kanalkatale u. a. erlangenden liberalen Parteien bedanken. Sollte diese Belastung wirklich einproben, die Kanalvorlage angenommen werden, dann fürchten wir, daß wegen der unaussprechlich damit verknüpften schweren Inanspruchnahme und dauernden Schädigung der preußischen Finanzlage an einer Entlastung der Landgemeinden durch reichliche Staatszuschüsse für Volksschulunterhaltung überhaupt sobald nicht zu denken sei wird. Das möge man überall den liberalen Agitatoren entgegenhalten, wo dieselben mit ihrem schmeibaren Eifer für Verminderung der Volksschulkosten in den Landgemeinden Barmherzig zu treiben verfahren.

* Eindeutscharität. Der Gouverneur Oberst von Meuthen meldet aus Okonah, daß die Hauptabteilung der deutschen Schultruppe Donnerstag nachmittags 4 Uhr den Vormarsch auf Okonah (20 Kilometer östlich von Okonah) auf die Okonahberge zu angetreten hat.

* Kanalvorlage der West- und Saar. Auf Einladung des Bundes für die Kanalvorlage der West- und Saar wurde am Donnerstag in Trier eine Versammlung abgehalten, der die Landtagsabgeordneten Bieding, Schuler, Sackhoff, Jäger und Dr. Ringenberg sowie die herrenausführenden von Rps und Fritz v. Schorlemer be-wohnten. Es wurde folgende Resolution gefaßt: „Die am 8. April in Trier versammelten Mitglieder des preußischen Abgeordneten- und Herrenhauses erklären sich bereit, sich bemühen zu wollen, daß bei der Beratung der nachstehenden Vorlage seitens der föhrenden Staatsregierung auch die Einbringung eines weiten, weitestgehenden betreffend die Kanalvorlage der West- und Saar, und zwar bereit zugesichert wird, daß die Vollendung derselben gleichzeitig mit dem Hannover-Wein-Kanal möglich wird.“

* Dismarkenzug der Metz. Wie die „Tidendeutsche Rundschau“ mitteilt, haben politische Kreise an die Metz-Kammer der Provinz Mosan eine Eingabe gerichtet, in der sie darauf hinweisen, daß deutsche Kreise eine größere Unter-stützung vom Dismarkverein erhalten, worfür keine Gegenleistung gefordert werde. Die politischen Kreise meinen, daß eine derartige Unterstüttung standesunwürdig sei und daß den Metzern, die sie erhalten, das Maßrecht zur Metz-Kammer entgegen werden müßte. — Wie endlich und kürzlich dieser Vorstoß ist, bedarf keiner besonderen Darlegung.

* Arbeiterkammern. In der Kommission des württembergischen Abgeordnetenhauses wurde einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat für die unverzügliche Einbringung des Gesetzes über die Errichtung einer geordneten Verwaltung der Arbeiter einzutreten. Minister des Innern Dr. v. Bittel erklärte, die württembergische Regierung werde im Bundesrat für die Beschleunigung der Angelegenheit besorgt sein. Er persönlich sei der Meinung, daß eine ausschließliche Arbeitervertretung von einer gemeinsamen Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgeber der Vorzug verleihe.

* Freimittlerische Dienstleistungen inaktiver Offiziere. Nach einer Bestimmung des Reichs sollen in letzter Jahre freimittlerische Dienstleistungen inaktiver Offiziere in weitgehendem Maße gestattet werden. Solche Dienstleistungen bei Militärtruppen und bei der Militärverwaltung des Reiches können unter Berücksichtigung der bestimmungsgemäßen Geschäftsmittel von dem Generalkommando und den obersten Befehlshabern genehmigt werden, sofern diese Offiziere für den Mobilisationsfall zu Kompanien u. a. gehören in Aussicht genommen sind. Ebenso können Bezirksoffiziere, die für den Mobilisationsfall als Reservisten u. a. oder Kompanien u. a. Führer in Aussicht genommen sind, sofern sie dem vordienstlichen Dienst schon eine Reihe von Jahren versungen haben, zu betriebligen Dienstleistungen zugelassen werden. In Fällen, wo es besonders wünschenswert ist, können auch inaktive Stabsoffiziere oder Hauptleute, die für den Mobilisationsfall als Reservisten oder Abteilungs- oder Abteilungscommandeure in Aussicht genommen sind, zu solchen betriebligen Dienstleistungen zugelassen werden.

* Der Gefangenentransport auf der Eisenbahn. Der Justizminister hat neue Bestimmungen über den Gefangenentransport auf Eisenbahnen erlassen. Dieser Transport erfolgt mittels besonderer Züge, welche in die Eisenbahnzüge eingereiht werden. Es wird angeordnet, daß der Gefangenentransport launliche Gefangenengruppen fürstliche Staatsanwaltschaft und größeren Gerichte in der Monarchie in Verbindung zu bringen.

Kursnotierungen der Halleschen Zeitung.

Berliner Börse vom 8. April. Eröffnungskurs, f. und f. Ausgab.

Deutsche Fonds und Staatspapiere.

Table listing various German bonds and state papers with columns for title, quantity, and price.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Hypothek-Briefe.

Table listing German mortgage certificates with columns for title, quantity, and price.

Table listing various railway and utility bonds with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority obligations with columns for title, quantity, and price.

Obligationen industrieller Gesellschaften.

Table listing obligations of industrial companies with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien.

Table listing railway common priority stocks with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway common stocks with columns for title, quantity, and price.

Bank-Aktien.

Table listing bank stocks with columns for title, quantity, and price.

Table listing various stocks and shares with columns for title, quantity, and price.

Bank-Aktien und Aktien-Aktien.

Table listing bank and stock shares with columns for title, quantity, and price.

Obligationen industrieller Gesellschaften.

Table listing obligations of industrial companies with columns for title, quantity, and price.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and state papers with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-St. u. St.-P. Aktien.

Table listing railway common and preference stocks with columns for title, quantity, and price.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and state papers with columns for title, quantity, and price.

Ind.-Aktien und Obligationen.

Table listing industrial stocks and obligations with columns for title, quantity, and price.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and state papers with columns for title, quantity, and price.

Eisenbahn-St. u. St.-P. Aktien.

Table listing railway common and preference stocks with columns for title, quantity, and price.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks with columns for title, quantity, and price.

Bankhaus Friedmann & Weinstock, Halle a. S., Leipzig, strasse 12, Weissensfels a. S., Markt An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung, Devisen- und Wechsel-Verkehr etc.

Kataloge, Preislisten in moderner und geschmackvoller Ausführung. Otto Thiele (Hallesche Zeitung), Halle a. S., Leipzigerstrasse 87 (Eingang: Große Brauhausstrasse 30).

